

## Gemeinsamer Handlungsauftrag Energiewende - Energiepolitische Aufgaben für die kommende Legislaturperiode

Die Avacon-Gruppe ist eines der größten regionalen Energieunternehmen in Deutschland. In Niedersachsen, Hessen und Sachsen-Anhalt betreibt Avacon Netz ein über 65.000 Kilometer langes Stromverteilnetz - von der Nieder- bis zur Hochspannungsebene. Darüber hinaus ist die Avacon-Gruppe regionaler Energiepartner in den Bereichen Strom, Gas, Wasser, Wärme, Kälte, Mobilität, Beleuchtung und Internet. Damit stellen wir einen integralen Bestandteil der Energiewende dar.

Über 100.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen speisen bereits in unser Netz ein, der Großteil davon auf der Hochspannungsebene. Mit einer Grünstromquote von über 230 Prozent liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt von 55 Prozent. Das unterstreicht die zentrale Rolle der Energieachse zwischen Nord- und Mitteldeutschland für das Gelingen der Energiewende.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet kontinuierlich voran: Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland so viele Photovoltaikanlagen installiert wie nie zuvor, gleichzeitig stieg die Zahl der Genehmigungen für Windkraftanlagen rasant an. Die Zahl der Anschlussanfragen bei Avacon hat sich seit 2020 fast versechsfacht.

Ein ähnlicher Trend zeichnet sich im Bereich der Großbatterie- und Heimspeicher ab, wo ebenfalls ein starker Wettbewerb um begrenzte Anschlusskapazitäten zu beobachten ist. Parallel dazu treibt die Wirtschaft ihre eigene Transformation mit hoher Geschwindigkeit voran. Voraussetzung für Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Betriebe ist jedoch ein leistungsfähiges und intelligentes Netz.

Wir erleben aktuell eine Verschiebung im energiepolitischen Dreieck hin zum Thema Bezahlbarkeit. Die Vermeidung überbordender

Kosten für Haushalte und Unternehmen sind für die Akzeptanz der Energiewende unabdinglich. **Angesichts all dieser Herausforderungen steht für uns dennoch fest: Die Energiewende ist keine Frage des „Ob“, sondern des „Wie“.** Aber ihr Gelingen erfordert ein politisches und regulatorisches Umsteuern, sodass stets die Effizienz der Maßnahmen im Vordergrund steht. Darüber hinaus braucht es einen klaren und verlässlichen Transformationspfad, der das Gesamtsystem im Blick behält. Nur so kann eine nachhaltige und kosteneffiziente Energiewende gewährleistet werden.

Die vor uns liegenden Herausforderungen erfordern einen Schulterschluss zwischen Politik und Wirtschaft. Wir stehen bereit, um unseren Teil beizutragen. Mit den folgenden sieben Punkten kann uns die Politik bei der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele unterstützen:

- **Netzausbau priorisieren**
- **Erneuerbaren stärker in die Verantwortung nehmen**
- **Ansiedlung von Energiespeichern netzdienliche Kriterien zugrunde legen**
- **Pragmatismus bei Planungs- und Genehmigungsverfahren wagen**
- **Netzausbaukosten verursachergerecht verteilen**
- **Einen adäquaten Rahmen für Investitionen in die Energiewende schaffen**
- **Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit ergreifen**
- **Digitale Kommunikationskanäle stärken**

## Netzausbau priorisieren

Die Strom-Verteilnetze sind die Schlüsselinfrastruktur der Energiewende. Sie müssen so zeitnah wie möglich ausgebaut werden, um die dynamisch wachsenden Bedarfe in allen Sektoren abdecken zu können. Die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den Verteilnetzausbau sollten daher in der politischen Priorisierung stets an erster Stelle stehen

## Erneuerbare in die Verantwortung nehmen

Die EEG-Förderung hat entscheidend dazu beigetragen, den Hochlauf der Erneuerbaren zu ermöglichen. Es ist nun der Punkt erreicht, an dem Marktmechanismen stärker wirken müssen, um für ein besseres Zusammenspiel von Erzeugung und Netzkapazität zu sorgen. Ziel muss sein, die Energiewende zukünftig effizienter zu gestalten. Hierzu zählen beispielsweise eine Abkehr von der pauschalen Förderung, stärkere Pflichten zur Direktvermarktung sowie Möglichkeiten der Abregelung bei negativen Preisen.

Das Gelingen der Energiewende erfordert darüber hinaus noch stärker den Fokus auf die ins Netz integrierbare EE-Erzeugung (elektrische Arbeit) anstatt ausschließlich auf politisch gesteckte EE-Ausbauziele (installierte Leistung). Ein weiterer ungeliebter Zubau an Einspeisern in Engpassregionen steigert die erforderlichen Netzeingriffe, damit die Menge an abgeregelter Strom und treibt die Systemkosten in die Höhe. Diese werden entgegen dem Verursacherprinzip über die Netzentgelte sozialisiert,

EE-Erzeuger sollten daher bis auf weiteres vorrangig dort gebaut werden, wo ihr Strom ins Netz integriert werden kann bzw. wo sie netzdienlich sind. Alternativ müssten neue EE-Anlagen mit Anschluss an bekannten Netzengpässen unter Redispatch-Vorbehalt gestellt werden.

## Netzdienliche bzw. -neutrale Integration von Energiespeichern.

Batteriespeicher sind unverzichtbar für die Netzstabilisierung bei schwankender Einspeisung von Wind- und Solarenergie. Ihre Eignung variiert jedoch je nach Spannungsebene und Netzregion,

eine falsche Platzierung kann zusätzlichen Netzausbau erfordern und mit für Industrieansiedlungen notwendigen Netzkapazitäten konkurrieren. Vor diesem Hintergrund muss die Ansiedlung von Batterien stärker mit Blick auf ihren systemischen Nutzen gesteuert werden. Allokationssignale zur Wahl geeigneter Standorte und Anreizkonzepte zur Betriebsweise sind zentral, damit Großbatteriespeicher ihre Potentiale für ein kosteneffizientes und stabiles Stromnetz voll entfalten können. In diesem Zusammenhang sollte der marktliche und regulatorische Rahmen für Großbatteriespeicher weiterentwickelt und der netzneutrale Anschluss als neuer Standard definiert werden. Weiterhin sollten Elektronen und Moleküle in einer integrierten Systemplanung bis in die Verteilnetze hinein gleichwertig berücksichtigt werden, denn eine rein strombasierte Versorgung („all electric“) ist weder technisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Auch die Ansiedlung von Elektrolyseuren muss aber im Sinne der Stromnetzinfrastruktur erfolgen.

## Bei Planung und Genehmigungen von Hochspannungsleitungen mehr Pragmatismus wagen

Die Energiewende erfordert eine Vielzahl an neuen Leitungsbauprojekten. Diese enden nicht an Landkreisgrenzen. Allerdings erschweren Unterschiede in der behördlichen Auslegung von Regelungen zum Artenschutz zu Kompensationsmaßnahmen und zur Eingriffsregelung die Planungsprozesse erheblich. Dies führt zu Verzögerungen in der Umsetzung, erhöht den administrativen Aufwand für Vorhabenträger und kann zu Unsicherheiten hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit führen. Daher sind eine einheitlichere Anwendung naturschutzrechtlicher Vorgaben sowie Standardisierungen über Landkreisgrenzen hinweg essenziell.

Außerdem findet ein großer Teil des erforderlichen Netzausbau in der Hochspannungsebene als umweltschonender Ersatzneubau in bereits bestehenden Stromtrassen statt. Der im EU-Recht verankerte arten- und umweltschutzrechtliche Prüfaufwand

für Ersatzneubau sollte daher zwingend gegenüber dem für neue Trassen vereinfacht werden.

Ebenso wichtig sind Arbeiten im Bestand. In vielen Regionen ist eine Verstärkung der Netzinfrastruktur erforderlich, um zusätzliche Einspeiser oder Lastanfragen zu integrieren. Auch hier sind bislang umfangreiche Planfeststellungen erforderlich. Eine Genehmigungsfreistellung für Arbeiten im Bestand kann die Prozesse beschleunigen und Ressourcen bei Vorhabenträgern sowie Behörden schonen.

Auch der Erdkabelvorrang für Hochspannungsleitungen bis 110 kV verursacht hohen Prüfaufwand: Vorhabenträger müssen sowohl eine Erdkabel- als auch eine Freileitungsplanung erstellen. Die Behörden prüfen, ob die Gesamtkosten des Erdkabels den Faktor 2,75 gegenüber der Freileitung überschreiten. Da Erdkabel meist 5–7-mal teurer sind, wird in der Regel die Freileitung gewählt. Dennoch entstehen erhebliche Planungs- und Prüflasten für beide Seiten.

### **Kosten verursachergerecht und breiter verteilen**

Wer die Energiewende will, darf auch die Augen vor steigenden Kosten nicht verschließen. Neben mehr gesamtsystemischer Effizienz, müssen auch die Kosten breiter und gerechter verteilt werden. Ein Weg wäre es, die veränderten Stromflüsse in der Netzentgeltsystematik abzubilden. Ein Weiterer läge darin, die Privilegierung einzelner Anschlussnehmergruppen kritisch zu prüfen, deren faktische Kosten heute von anderen Gruppen getragen werden.

### **Rahmenbedingungen für Energiewende-Investitionen schaffen**

Angesichts der enormen Investitionsbedarfe der deutschen Energiewirtschaft im Zuge der Energiewende müssen Politik und Regulierung klare, stabile Rahmenbedingungen entwickeln, die private Kapitalflüsse mobilisieren und Investitionen anziehen.

Denn derzeit bieten die bestehenden Rahmenbedingungen keine international konkurrenzfähigen Anreize für Investoren, was dazu führt, dass Investitionen in die deutsche Energiewende unattraktiv sind. Um Investitionen

zu fördern, muss eine wettbewerbsfähige Rendite auf Kapital gewährleistet werden.

Die Bundesnetzagentur muss daher ihrer erweiterten Verantwortung gerecht werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Reform der Anreizregulierung (RAMEN), um zukunftsfähige Investitionsanreize zu setzen.

### **Versorgungssicherheit gewährleisten**

Die Schaffung von Back-Up-Kapazitäten und einem Investitionsrahmen für den Zubau neuer steuerbarer Kapazitäten sind weiterhin notwendig, um auch während Dunkelflauten die Versorgung sicherzustellen. Das Marktdesign muss an die sich verändernden Erzeugungsmuster angepasst werden. Die neue Bundesregierung sollte daher die Ausgestaltung eines Kapazitätsmarktes zügig angehen.

### **Digitale Kommunikation zum Standard machen**

Die zeitnahe und direkte Kommunikation zwischen Netzbetreibern und Anlagenbetreibern ist für beide Seiten zentral – sowohl für die effiziente Bearbeitung von Anschlussverfahren als auch für reibungslose Abrechnungsprozesse. Um die notwendige Geschwindigkeit und Effizienz zu gewährleisten, müssen diese Prozesse vollständig digitalisiert werden. Dazu gehört auch, dass Anlagenbetreiber jederzeit erreichbar sind und Informationen in Echtzeit ausgetauscht werden können. Bislang fehlen dafür jedoch die rechtlichen Voraussetzungen. Vor diesem Hintergrund sollte eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die eine durchgängig digitale Kommunikation zum Standard macht.

Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe. Als regional tief verwurzeltes Energieversorgungsunternehmen verstehen wir uns als Gestalter und Treiber dieses Transformationsprozesses. Im Bewusstsein der Herausforderungen der kommenden Jahre wünschen wir uns seitens der Politik neben Unterstützung, besonders auch Vertrauen – anstelle von bürokratischen Hürden und gesetzlichem Mikromanagement. In diesem Sinne freuen wir uns auf die weitere Zusammenarbeit für des Gelingen der Energiewende.